

NACHRICHTEN

LAV-Skitour auf den Rauhen Kopf (3100 m)



Am kommenden Sonntag 9. April staten wir unserem Nachbarn Vorarlberg einen Besuch ab und fahren ins Montafon. Ab Partenen bringt uns die Vermuntbahn

(Kosten 250 Schilling) in 1730 m Höhe. Von der Bergstation werden wir von einem Bus zur Bielerhöhe gebracht, welche Ausgangspunkt unserer bevorstehenden Skitour zum Rauhen Kopf ist. Für den Aufstieg benötigen wir ca. vier Stunden. Normale Skitourenausrüstung genügt.

Abfahrt beim Treffpunkt Schwimmbad Mühleholtz ist um 7 Uhr, beim Parkplatz beim Alten Zoll in Schaanwald um 7.15 Uhr.

Telefonische Auskunft über die Durchführung erteilt Skitourleiter Noldi Wanger am Samstagabend zwischen 18 und 19 Uhr unter der Tel.-Nr. 232 48 21.

Achtung! Heute erster LAV-Stamm im Stüble vom Restaurant Dux in Schaan. Schaut doch vorbei ab 19.30 Uhr! (LAV)

Weitere Finanzierung des «FirstLink»

VADUZ: Die Internetaktivitäten des Landes auf der Basis des Projektes «FirstLink» entsprechen einem Bedürfnis von staatlichen und staatsnahen Institutionen und haben sich bewährt. Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 4. April 2000 beschlossen, das Projekt «FirstLink» bis auf Weiteres fortzuführen.

Im Dezember 1997 wurde vom Landtag für die Jahre 1998 bis und mit 2000 ein Verpflichtungskredit für die Durchführung der Internetaktivitäten des Landes durch die Fachhochschule Liechtenstein von gesamthaft 628 000 Franken genehmigt. Da der Finanzbeschluss befristet wurde, muss frühzeitig über die Weiterführung des Projektes ein Beschluss gefasst werden.

Die Durchführung der Internetaktivitäten des Landes auf der Plattform «FirstLink» hat sich bewährt. Sie entsprach einem klaren Bedürfnis und ist bei den staatlichen und staatsnahen Institutionen sowie bei den Usern der Homepage des Landes auf reges Interesse gestossen. In den letzten drei Jahren konnte eine Vielzahl von Internetapplikationen für verschiedene Ämter und staatsnahe Institutionen (öffentlich-rechtliche Stiftungen etc.) verwirklicht werden.

Die Regierung sieht vor, für die nächsten drei Jahre die Internetaktivitäten im bisherigen Rahmen weiterzuführen, wobei für die laufende Betreuung ein Betrag von jährlich 110 000 Franken und für die Durchführung von einzelnen Projekten ein Dreijahreskredit in der Höhe von 450 000 Franken (150 000 Franken pro Jahr) zur Verfügung gestellt werden soll.

Weiters hat die Regierung den Jahresbericht des Bereichs Internet und Kommunikation der Fachhochschule Liechtenstein über die im Rahmen von «FirstLink» durchgeführten Projekte des Jahres 1999 zur Kenntnis genommen. Für wiederkehrende Kosten im Rahmen der Betreuung des Internetauftritts des Landes durch das «FirstLink» wurden 74 000 Franken und für verschiedene neue Internetprojekte 130 400 Franken für das Jahr 2000 genehmigt. (paff)

Verletzter bei Auffahrunfall

ESCHEN: Verletzungen unbestimmten Grades erlitt am Dienstagmittag ein Pw-Lenker, der auf der Essanestrasse in Eschen in einen Auffahrunfall verwickelt wurde. Der Pw-Lenker fuhr von Eschen Richtung Bendern und hielt vor dem Fussgängerstreifen Höhe Denner-Satellit an, um einen Fussgänger die Fahrbahn überqueren zu lassen. Ein nachfolgendes Auto konnte ebenfalls anhalten, während ein drittes Fahrzeug mit Wucht auf die vorderen auffuhr. Der Lenker des ersten Fahrzeuges wurde verletzt und musste mit der Rettung ins Spital überführt werden. An den drei Fahrzeugen entstand beträchtlicher Sachschaden. (lpfl)

Tag der offenen Patenttür

TRIESENBERG: Das Patentbüro Paul Rosnich AG öffnet am Donnerstag, den 20. April ab 17 Uhr unter dem Motto «Plausch bei Partystimmung mit Bier und Wurst» seine «Patent-türen». Die Büroräumlichkeiten befinden sich im Büro- und Gewerbezentrum im Dorfzentrum vis-à-vis Gasthaus Gullina in Triesenberg. Anmeldungen sind erbeten, jedoch nicht obligatorisch. Interessierte sind recht herzlich eingeladen. (Eing.)

«Nächste Woche starten wir»

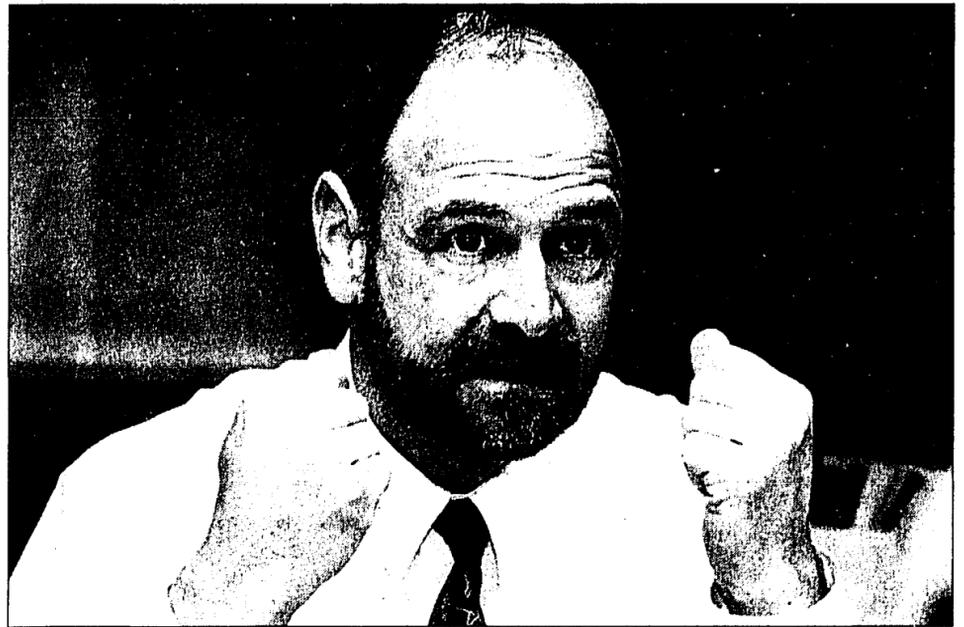
FBPL-Präsident Ernst Walch: «Parteiübergreifende Zusammenarbeit leider nicht zustande gekommen»

Ende nächster Woche beginnt die am Bürgerpartei-Parteitag vom 20. März angekündigte Informations- und Diskussions-offensive zur Verfassungsfrage in den einzelnen Gemeinden. Trotz mehrerer Gespräche auf Präsidenten- und Geschäftsführungsebene kommt die angestrebte partiübergreifende organisatorische Zusammenarbeit allerdings bedauerlicherweise nicht zustande.

Wie VU-Präsident Oswald Kranz uns gestern informierte, möchte die VU nicht auf die von der Bürgerpartei angebotene organisatorische Zusammenarbeit eingehen. Das Volk sei in der Frage der Verfassung irritiert und deshalb müsse man ihm eine Meinung vorgeben und es sei einfach besser, wenn jede Partei in ihre eigenen Ortsgruppen gehe, so die Begründung des VU-Präsidenten.

Ich bin sehr überrascht über diese Absage, geht es uns in dieser die ganze Bevölkerung betreffenden Frage doch darum, den Meinungsbildungs-Prozess zu fördern, anstatt Meinungen vorzugeben. Die Bürgerpartei hat den Start der Informations-Offensive sogar um eine Woche verschoben, um der FL und VU genügend Zeit zu geben, die organisatorische Zusammenarbeit zu besprechen.

Umso mehr bedauere ich es, dass diese in der jüngeren liechtensteinischen Parteigeschichte einmalige Chance für ein partiübergreifendes Miteinander nicht genutzt wird.



Die VU möchte an der von der FBPL angebotenen organisatorischen Zusammenarbeit im Bereich der Verfassungsdiskussionen nicht eingehen. Parteipräsident Ernst Walch: «Ich bin sehr überrascht über diese Absage, geht es uns in dieser die ganze Bevölkerung betreffenden Frage doch darum, den Meinungsbildungs-Prozess zu fördern, anstatt Meinungen vorzugeben». (Archivbild)

Plattform bleibt weiterhin offen

Es ist schon ernüchternd, dass wir drei Parteien uns nicht einmal organisatorisch treffen können. Umso mehr hält die Bürgerpartei die Einladung an die anderen Parteien und Gruppierungen weiter offen, sich aktiv an den Informations- und Diskussionsrunden in den Gemeinden zu beteiligen. In diesem Sinne laden wir alle Parteien und Gruppierungen ein, an den Informations-Ver-

anstaltungen teilzunehmen und diese gemeinsame Plattform im Sinne der Sache und insbesondere im Sinne einer möglichst breiten Information und Diskussion der Bevölkerung zu nutzen.

Erste Informationsabende am 14. April

Am Freitag, 14. April, finden jeweils ab 18 Uhr die ersten beiden Veranstaltungen im Restaurant «Falknis» Vaduz und im «Deutschen Rhein» in Bendern statt.

Schon jetzt möchte ich alle herzlich einladen, diese Informations-Möglichkeit zu der für uns so wichtigen Verfassungs-Frage zu nutzen.

Die Bürgerpartei wird den Meinungsbildungs-Prozess in den nächsten Wochen aufmerksam mitverfolgen und mitgestalten und die im Rahmen dieser Diskussions-Offensive geäußerten Meinungen aufnehmen, um – wie in den Partei-Statuten vorgesehen – darüber schliesslich im FBPL-Landesvorstand zu diskutieren und Beschluss zu fassen.

«Einbürgerung – eine sensible Angelegenheit»

Broschüre der FBPL-Landtagsfraktion – 13. Teil: Christian Brunhart über das Bürgerrecht

Am Parteitag vom 20. März stellte die FBPL-Landtagsfraktion eine Broschüre vor, in welcher sich die Landtagsabgeordneten mit Aktualitäten der Landespolitik auseinandersetzen. Nachfolgend veröffentlichen wir die Stellungnahme von Christian Brunhart zur Einbürgerung von Alteingesessenen.

Während Jahrzehnten hat sich in Sachen Einbürgerung in Liechtenstein nicht viel getan, bis im Jahre 1986 die erleichterte Einbürgerung für ausländische Kinder einer liechtensteinischen Mutter geschaffen wurde. Zehn Jahre später, im Jahre 1996, wurden die Gesetze über das Landesbürgerrecht in Bezug auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau überarbeitet. Dabei wurde auch die Problematik von Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern, die nicht in ihrer Heimatgemeinde wohnen, geregelt.

Nachdem die verschiedenen obigen erwähnten Einbürgerungsarten geregelt wurden, ist noch ein weiterer Punkt offen, der seit Jahrzehnten vor sich hergeschoben wird. Es ist nämlich die Einbürgerung von alteingesessenen Ausländerinnen und



Christian Brunhart: «Ich glaube, wir stehen in der moralischen Verpflichtung, diesen Leuten die Einbürgerung zu erleichtern». (Archivbild)



Ausländern. Es sind Leute, die seit Jahrzehnten oder sogar seit Geburt bei uns wohnen, liechtensteinisch denken und mit grossem Interesse am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen. Wenn man mit diesen Leuten spricht und sich

in ihre Lage versetzt, so kann die bisherige Art der Einbürgerung mittels Abstammung nicht befriedigen; sie stellt eine grosse Hürde dar. Es ist nicht jedermanns Sache sich einer Gemeindeabstimmung zu stellen. Ich bin der Auffassung, dass es ein Akt der Menschlichkeit ist, diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine Möglichkeit zu bieten sich vereinfacht einbürgern zu lassen. Der Landtag hat dieses Thema im Dezember 1999 in erster Lesung behandelt. Es ist sicherlich richtig, dass diese Einbürgerungsart an bestimmte Bedingungen geknüpft wird. In einem Kleinstaat wie Liechtenstein ist die Einbürgerung eine sensible Angelegenheit und es ist

überlegt vorzugehen. Der Gesetzgeber sollte sich genau überlegen wie weit er die Schranken öffnen will. In den letzten Jahren wurden sehr viele Personen, die im In- und Ausland leben, eingebürgert. Vor allem waren dies Kinder liechtensteinischer Mütter. Das Besondere dabei ist, dass viel mehr im Ausland lebende Personen eingebürgert werden. Es darf davon ausgegangen werden, dass nicht alle Eingebürgerten einen grossen Bezug zu Liechtenstein haben. Ist es wirklich sinnvoll, dass wir Personen in der ganzen Welt einbürgern und diejenigen, die bei uns ansässig sind und ihren Lebensmittelpunkt in Liechtenstein haben, es so schwierig ha-

ben den liechtensteinischen Pass zu bekommen?

Ein anderer Punkt ist die Einbürgerung von Staatenlosen. Ich denke an die Ungarn im Jahre 1956 und in jüngerer Zeit an die Vietnamesen – die sogenannten Boat-People – im Jahre 1979. Liechtenstein hat sich damals aktiv um die Aufnahme von staatenlosen Vietnamesen, die bereits Aufnahme in der Schweiz gefunden hatten, bemüht und sie nach Liechtenstein geholt. Ich glaube, wir stehen in der moralischen Verpflichtung, diesen Leuten die Einbürgerung zu erleichtern. Wären sie in der Schweiz geblieben, so wären sie mit grosser Wahrscheinlichkeit bereits Schweizer Bürger.